



Niederschrift

72. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 27.06.2007
Sitzungsbeginn:	17:05 Uhr
Sitzungsende:	20:25 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, R. 280 a

Anwesend sind:

Herr Jakobs, Jann	Oberbürgermeister	
Herr Dr. Gunold, Klaus-Uwe	DIE LINKE	
Herr Kaminski, Peter	DIE LINKE,	ab 17:15 Uhr
	Wählergemeinschaft	
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE	
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	DIE LINKE	
Frau Dr. Schröter, Karin	DIE LINKE	
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	
Herr Mühlberg, Andreas	SPD	bis 20:00 Uhr
Herr Schubert, Mike	SPD	
Herr Bretz, Steeven	CDU	
Herr Heinzel, Horst	CDU	ab 17:08 Uhr
Frau Paulsen, Bettina	CDU	
Herr Schüler, Peter	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Bankwitz, Ute	BürgerBündnis/FDP	ab 17:25 Uhr
Herr Gohlke, Dieter	FAMILIEN-PARTEI	bis 18:47 Uhr
Frau Kirchner, Irene	Die Andere	

Nicht anwesend ist:

Frau Müller, Birgit	DIE LINKE	entschuldigt
---------------------	-----------	--------------

Gäste:

Herr Exner, GB 1
Frau Fischer, GB 2
Frau E. Müller, GB 3
Frau Dr. von Kuick-Frenz, GB 4
Herr Prof. Battis, Humboldt-Universität zu Berlin sowie Herr Dr. Otto zu TOP 11
Herr Paffhausen, Stadtwerke Potsdam
Frau Kosel, Personalrat
Herr Erdmann, Frau Rademacher, Rechnungsprüfungsamt
Frau Dr. Sommer, Bereich Marketing und Kommunikation
Herr Heise, Zentrale Steuerungsunterstützung
Herr Richter, KIS
Frau Kluge, Herr Schiemann, FB Ordnung und Sicherheit
Herr Goetzmann, FB Stadtplanung und Bauordnung
Herr Lehmann, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
Herr Jetschmanegg, Büro des Oberbürgermeisters
Frau Ziegenbein, Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 13.06.2007
- 2 Haushaltssicherungskonzept 2007 - 2010
Vorlage: 07/SVV/0483
Oberbürgermeister, SB Zentrale Steuerungsunterstützung
- 3 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2007
Vorlage: 07/SVV/0486
Oberbürgermeister, Bereich Haushalt und KLAR
- 4 Jugendförderplan der Landeshauptstadt Potsdam 2007 bis 2008/2010
Vorlage: 06/SVV/0968
Oberbürgermeister, FB Jugendamt
- 5 Kommunalen Finanzierungsanteil für die gemeinsame Aufgabenwahrnehmung im Rahmen des SGB II in der Potsdamer Arbeitsgemeinschaft zur Grundsicherung für Arbeitssuchende (PAGA)
Vorlage: 07/SVV/0289
Oberbürgermeister, GB Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz
- 6 Demographie-TÜV
Vorlage: 07/SVV/0300
Fraktion CDU - neue Fassung
- 7 Organisationsuntersuchung im Geschäftsbereich I
Vorlage: 07/SVV/0404
Fraktion DIE LINKE. PDS
zur Erledigung
- 8 Radweg im Babelsberger Park
Vorlage: 07/SVV/0466
Fraktion SPD
zur Erledigung
neue Fassung und Äa Fraktion Die Andere
- 9 Fach- und Leistungskunde zur Verhinderung von Niedriglöhnen nutzen
Vorlage: 07/SVV/0467
Fraktion SPD
zur Erledigung mit Äa der Fraktion DIE LINKE. PDS
- 10 Kostenlose Kinderbetreuung
Vorlage: 07/SVV/0493
Fraktion Familien-Partei

- 11 Bericht zur Untersuchung der Unteren Denkmalschutzbehörde und der Unteren Bauaufsichtsbehörde der Landeshauptstadt Potsdam
Oberbürgermeister
- 12 1. Straßenbenennung in 14467 Potsdam (B-Plan 27 Türkstraße)
2. Straßenbenennung in 14469 Potsdam (Wohngebiet Bornstedter Feld)
Vorlage: 07/SVV/0576
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
- 13 Beschluss zur Höhe des Kreditrahmens der Entwicklungsträger Bornstedter Feld GmbH für das Jahr 2007
Vorlage: 07/SVV/0582
Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
- 14 Mitteilungen der Verwaltung
- 14.1 Potsdamer Themenjahr 2008 und Themen bis 2012
Vorlage: 07/SVV/0580
Oberbürgermeister, Bereich Marketing und Kommunikation
- 14.2 Ergebnis der Gespräche bezüglich des Bahnhofs Golm
gemäß Vorlage: 07/SVV/0519
- 14.3 Direktabrechnung Straßenreinigung - Information über das Angebot für die Abrechnung
aus HA 30.05.2007 und Vorlage: 07/SVV/0305
- 14.4 Information zur Mängelbeseitigung am Theater
vierteljährlich
- 14.5 Information zum Diskussionsstand - Public Corporate Governance Kodex
- 15 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 13.06.2007

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest (zu Beginn der Sitzung sind 13 Mitglieder des Hauptausschusses anwesend).

Bezüglich der Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister vor, unter dem Tagesordnungspunkt „Mitteilungen der Verwaltung“ einen Sachstand zum Freizeitbad sowie eine Information zum Integrationspreis der Landeshauptstadt Potsdam und der dazu getroffenen Vereinbarung mit dem Ausländerbeirat aufzunehmen. Die ausgereichte Mitteilungsvorlage 07/SVV/0586 ist in die Tagesordnung der Hauptausschusssitzung am 29. August 2007 aufzunehmen. Der Tagesordnungs-

punkt 10, DS 07/SVV/0493, Kostenlose Kinderbetreuung, ist zu streichen, da hierzu das Votum des Jugendhilfeausschusses noch nicht vorliegt. Gegen die vorgeschlagenen Änderungen und Ergänzungen erhebt sich kein Widerspruch; die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Zum Protokoll des öffentlichen Teils der 71. öffentlichen Sitzung vom 13.06.2007 gibt es keine Hinweise oder Änderungen; das Protokoll wird mit 11 Ja-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen, bestätigt.

zu 2 Haushaltssicherungskonzept 2007 - 2010

Vorlage: 07/SVV/0483

Oberbürgermeister, SB Zentrale Steuerungsunterstützung

Der Oberbürgermeister schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 2, 3 und 4 zusammen zu behandeln, wogegen sich kein Widerspruch erhebt. Er verweist auf die Ausführungen in der letzten Hauptausschusssitzung, zu denen es keine Rückfragen gegeben habe. Er schlägt vor, die Vorlagen im Hauptausschuss zur Kenntnis zu nehmen, da sich der Ausschuss für Finanzen federführend in seiner Sitzung am 28.06.2007 mit allen Änderungsvorschlägen befassen werde.

Gegen den Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

zu 3 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2007

Vorlage: 07/SVV/0486

Oberbürgermeister, Bereich Haushalt und KLR
siehe TOP 2

zu 4 Jugendförderplan der Landeshauptstadt Potsdam 2007 bis 2008/2010

Vorlage: 06/SVV/0968

Oberbürgermeister, FB Jugendamt

siehe TOP 2

zu 5 Kommunalen Finanzierungsanteil für die gemeinsame Aufgabenwahrnehmung im Rahmen des SGB II in der Potsdamer Arbeitsgemeinschaft zur Grundsicherung für Arbeitssuchende (PAGA)

Vorlage: 07/SVV/0289

Oberbürgermeister, GB Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz

Frau E. Müller informiert über den jetzt vorliegenden Vorschlag der Agentur für Arbeit Potsdam, der einen kommunalen Finanzierungsanteil von 12,6 % ab 01.07.2007 vorsieht und das Angebot, die Kündigung des öffentlich-rechtlichen Vertrages zurückzunehmen, enthält. Die Verwaltung empfehle, dieses Angebot anzunehmen und hat einen entsprechend geänderten Beschlussvorschlag vorbereitet, der den Mitgliedern des Hauptausschusses schriftlich vorliegt und folgenden Wortlaut hat:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Angebot der Agentur für Arbeit Potsdam, die Kündigung des öffentlich-rechtlichen Vertrages zum 31.12.2007 unter der Bedingung zurückzunehmen, dass der Potsdamer Arbeitsgemeinschaft zur Grundsicherung für Arbeitssuchende (PAGA) ein kommunaler Finanzierungsanteil (KFA) für die gemeinsame Aufgabenwahrnehmung im Rahmen des SGB II ab dem 01.07.2007 in Höhe von 12,6 % des Gesamtverwaltungskostenbudgets gezahlt wird, anzunehmen.

Darüber hinaus ist dieser KFA bis 31.12.2008 festzuschreiben.

Im Ergebnis eines kurzen Meinungsaustausches schlägt der Oberbürgermeister vor, diese Informationen zur Kenntnis zu nehmen. Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales werde sich am 04. Juli 2007 vor der Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung mit der o.g. DS befassen und eine Empfehlung abgeben. Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

zu 6

Demographie-TÜV

Vorlage: 07/SVV/0300

Fraktion CDU - neue Fassung

Herr Bretz verweist auf die ausgereichte neue Fassung der o.g. Drucksache und bittet um Zustimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales hat der DS ebenfalls seine Zustimmung gegeben.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt dafür zu sorgen, dass der demographische Wandel bei allen stadtrelevanten Themen, gemäß DS 06/SVV/1009, berücksichtigt wird.

Hierzu soll ein fachübergreifendes Gremium gebildet werden, um eine bestmögliche Bündelung aller Gesichtspunkte im Vorfeld zu gewährleisten.

Mit einem „Demographie-TÜV“, den alle Beschlüsse, Satzungen und Vorlagen vorab durchlaufen, soll sichergestellt werden, dass unter dem demographischen Aspekt zukünftige Drucksachen geprüft werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen.

zu 7

Organisationsuntersuchung im Geschäftsbereich I

Vorlage: 07/SVV/0404

Fraktion DIE LINKE. PDS
zur Erledigung

Herr Dr. Scharfenberg bringt namens der Fraktion DIE LINKE den Antrag ein und begründet das Anliegen u. a. mit der hohen Fluktuation in der Führungsebene. Seine Fraktion wolle wissen, wer im Rahmen der Dezentralisierung von Verantwortung wofür zuständig sei. Anschließend bringt Frau Bankwitz den Änderungsantrag der Fraktion BürgerBündnis/FDP mit folgendem Wortlaut ein:

Der Hauptausschuss möge zu der von der Stadtverordnetenversammlung überwiesenen Drucksache 07/SVV/0404 beschließen:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Beauftragung zur Organisationsuntersuchung des Geschäftsbereichs 1 durch ein externes Unternehmen dem Rechnungsprüfungsamt der LHP zu übertragen.
2. Das Rechnungsprüfungsamt soll die mit dem Unternehmen abgestimmten Details der Prüfung dem Hauptausschuss vor Durchführung der Prüfung zu Kenntnisnahme vorlegen. Dem Rechnungsprüfungsamt wird

nahe gelegt, sich bei der Bestimmung der Details der Prüfung ins Benehmen mit dem Personalrat zu setzen.

3. Das Ergebnis der Untersuchung wird dem Hauptausschuss vorgestellt, es sei denn, die Stadtverordnetenversammlung entscheidet sich für ein anderes Gremium, das zur Entgegennahme und Auswertung des Untersuchungsergebnisses bestimmt wird.

Darauf entgegnet der Oberbürgermeister, dass er es für sehr ungewöhnlich halte, ihm bis ins Detail vorzuschreiben, wie er die Organisationsuntersuchung durchzuführen habe - dieses Recht stehe den Stadtverordneten nicht zu. Er werde den Antrag annehmen, aber wen er mit der Untersuchung beauftrage, müsse ihm überlassen werden, da der Oberbürgermeister die Verantwortung für die Organisation der Verwaltung habe.

Herr Schüler fragt nach den Effekten der bisherigen Gutachten und Organisationsuntersuchungen und danach, ob sie das dafür ausgegebene Geld Wert waren und Veränderungen bewirkt haben. Für ihn stelle sich die Frage, was untersucht werden solle, worauf sich die Untersuchung richte, welchen Zweck sie verfolge und welche Ergebnisse man erwarte. Er könne dem Antrag so nicht zustimmen.

Frau Bankwitz meint, dass sie sich gewünscht hätte, eine solche Untersuchung wäre nicht nötig geworden. Da es aber Kritiken bezüglich des Geschäftsbereiches 1 gebe, sollte diese Untersuchung als vertrauensbildende Maßnahme angesehen werden. Der Oberbürgermeister betont, dass er einer externen Untersuchung zustimmen werde, den Auftrag, wer dies intern begleite, entscheide jedoch er selbst. Das Rechnungsprüfungsamt habe andere Aufgaben und so fühle er sich an einen Beschluss dieser Art nicht gebunden. Auf Nachfrage bestätigt Herr Dr. Scharfenberg, dass der Änderungsantrag der Fraktion BürgerBündnis/FDP übernommen werde.

Herr Schubert meint, dass auch er das Anliegen nicht als Aufgabe des Rechnungsprüfungsamtes sehe und schlägt vor, dass Herr Erdmann zu seinem Aufgabenbereich Stellung nimmt, um das zu verdeutlichen. Herr Schüler betont nochmals, dass ihn das Ziel der Untersuchung interessiere und die Frage, was dabei herauskommen soll.

Herr Dr. Scharfenberg schlägt vor, dass der Oberbürgermeister die Zusage gibt, ein externes Gutachten zu beauftragen und den Ausschreibungstext dafür dem Hauptausschuss vorzulegen. Damit sei dem Anliegen und somit auch der Änderungsantrag der Fraktion BürgerBündnis/FDP Rechnung getragen. Dem stimmt Frau Bankwitz zu.

Der Hauptausschuss beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Geschäftsbereich I eine Organisationsuntersuchung durch ein externes Unternehmen durchführen zu lassen. Die Ausschreibung dafür ist dem Hauptausschuss zur Kenntnis zu geben.

Schwerpunkt dabei soll die Klärung der Kompetenzen/Verantwortlichkeiten der jeweiligen Führungskräfte sein.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	13
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	1

zu 8 Radweg im Babelsberger Park

Vorlage: 07/SVV/0466

Fraktion SPD
zur Erledigung
neue Fassung und Äa Fraktion Die Andere

Dieser Antrag wurde von der Stadtverordnetenversammlung an den Hauptausschuss zur Erledigung überwiesen, einschließlich der von der Fraktion Die Andere beantragten Änderung des 1. Satzes des Beschlusstextes mit dem Wortlaut:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Kosten ermitteln zu lassen, die bei einer radwegtauglichen notwendigen Befestigung der Radschiebestrecken in allen Potsdamer Parks entstehen.

Der vorliegende Änderungsantrag der Fraktion Die Andere, so Herr Schubert, werde von der Fraktion SPD übernommen. Er bittet die Verwaltung um eine Einzelaufstellung der Kosten, so dass das Anliegen nachvollziehbar bleibe. Herr Dr. Scharfenberg merkt an, dass das Kostenargument, nur ein Argument für das eingeführte Regime gewesen sei. Insofern müsse geklärt werden, ob seitens der Schlösserstiftung „eine Bewegung“ möglich sei. Herr Schubert verweist auf die im Antrag angeführten Gespräche mit der Stiftung, in denen das mit zu berücksichtigen sei. Frau Kirchner bittet um Einbeziehung der Frage, ob die Strecken einer Befestigung bedürfen, weil das Argument, das Fahren auf unbefestigten Wegen würde zu Schäden führen, für die Fraktion Die Andere nicht unproblematisch sei. Herr Schüler meint, der Antrag solle als das genommen werden, was er ist – nämlich eine Prüfung. Damit werde es keine Problemlösung geben.

Der Hauptausschuss beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Kosten ermitteln zu lassen, die bei einer radwegtauglichen notwendigen Befestigung der Radschiebestrecken in allen Potsdamer Parks entstehen.

Der Oberbürgermeister wird außerdem beauftragt, mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten über eine angemessene Kostenaufteilung zwischen der Stiftung und der Stadt zu verhandeln.

Die Maßnahme ist mit hoher Priorität in die Radwegeplanung aufzunehmen.

Ferner ist bei den Gesprächen mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten zu klären, wie ein Zugang zu den Parks gewährleistet werden kann, der barrierefrei ist.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit **angenommen**,
bei 4 Stimmenthaltungen.

zu 9 Fach- und Leistungskunde zur Verhinderung von Niedriglöhnen nutzen

Vorlage: 07/SVV/0467

Fraktion SPD
zur Erledigung mit Äa der Fraktion DIE LINKE. PDS

Dieser Antrag wurde von der Stadtverordnetenversammlung an den Hauptausschuss zur Erledigung überwiesen einschließlich des Änderungsantrags der Fraktion DIE LINKE mit folgenden Wortlaut:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Überprüfung der Verträge mit Serviceunternehmen zu veranlassen.

Dabei ist dafür Sorge zu tragen, dass die Stadt ihre Möglichkeiten durch eine Präzisierung im Punkt Fach- und Leistungskunde ausschöpft.

Zu diesem Zweck sollen Aufträge der Stadt nur noch an Unternehmen vergeben werden, die:

- 1. IHK-zertifiziertes Personal einsetzen;
Bereits eingestelltes Nicht-IHK-zertifiziertes Personal ist von den Firmen mit einer entsprechenden Zertifizierung auszustatten.*
- 2. Qualitäts- vor Quantitätsstandards setzen,*
- 3. Tariflöhne zahlen.*

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich für die Schaffung eines Tariftreuegesetzes für das Land Brandenburg aus.

Nach dem letzten Satz wird angefügt:

Aus dem Prüfergebnis sind verbindliche Schlussfolgerungen für die städtischen Unternehmen in die „Leitlinien guter Unternehmensführung“ (Public Corporate Governance Kodex - DS 06/SVV/0650) aufzunehmen.

Eingangs präzisiert Herr Schubert den 1. Satz des Antrages der Fraktion SPD in dem gestrichen wird „... , ob eine Anpassung der Verträge mit Serviceunternehmen nötig ist, um durch...“. Dafür wird das Wort „...wie...“ und nach „erreichen“ „...ist...“ eingefügt. Der Termin der Prüfung wird von September in „Oktober“ geändert. Der letzte Satz des Änderungsantrages der Fraktion DIE LINKE wird übernommen.

Herr Dr. Scharfenberg plädiert dafür, den Antrag als Impuls zu nutzen und sich das Tariftreuegesetz in Erinnerung zu rufen, welches für das Land Brandenburg „anstehe“. Es gehe um mehr Verbindlichkeit und deshalb sei der Vorschlag akzeptabel. Herr Schüler meint, er sei sich über die Auswirkungen einer solchen Entscheidung auf Firmen und ihre Beschäftigungspolitik nicht im Klaren. Wenn geprüft werde, dann die Wirkung der Maßnahme. Herr Heinzel fragt nach, was für den Antragsteller „Serviceunternehmen“ seien und wie es sich mit dem Einsatz IHK-zertifizierten Personals verhalte. Ansonsten meine er, sei der Antrag nichtsagend. Herr Schubert verweist auf die neue Textfassung des Antrages, in dem beide Punkte nicht enthalten seien.

Der Hauptausschuss beschließt:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert zu prüfen, wie eine Präzisierung der Fach- und Leistungskunde zu erreichen ist, dass die Stadt ihre Möglichkeiten ausschöpft, um durch den Einsatz von qualifizierten Mitarbeitern Niedriglöhne am Existenzminimum zu verhindern. Dabei sollen insbesondere die Verträge mit Reinigungsfirmen sowie Wach- und Schließgesellschaften überprüft werden.

Dabei sollen auch die Verträge der städtischen Gesellschaften geprüft werden.

Ein Ergebnis der Prüfung ist der StVV im Oktober vorzulegen.

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich für die Schaffung eines Tariftreuegesetzes für das Land Brandenburg aus.

Aus dem Prüfergebnis sind verbindliche Schlussfolgerungen für die städtischen

Unternehmen in die „Leitlinien guter Unternehmensführung“ (Public Corporate Governance Kodex – DS 06/SVV/0650) aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit angenommen,
bei zahlreichen Stimmhaltungen.

zu 10 **Kostenlose Kinderbetreuung**
Vorlage: 07/SVV/0493
Fraktion Familien-Partei

zurückgestellt

zu 11 **Bericht zur Untersuchung der Unteren Denkmalschutzbehörde und der Unteren Bauaufsichtsbehörde der Landeshauptstadt Potsdam**
Oberbürgermeister

Der Oberbürgermeister informiert über den aktuellen Sachstand der eingeleiteten Maßnahmen zur Umsetzung der Schlussfolgerungen/Empfehlungen aus dem o.g. Bericht. So sei die Firma „complan“ mit der externen Begleitung beauftragt worden und Herr Dost als Vertreter werde anschließend den Begleitprozess erläutern. Im Weiteren sei Frau Rademacher, stellvertretende Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes, vom Oberbürgermeister bis zum Ende des Jahres mit der kommissarischen Leitung des Fachbereichs Stadterneuerung und Denkmalpflege beauftragt worden und werde den Prozess gemeinsam mit Herrn Lehmann und Herrn Kalesse begleiten. Noch möglichst vor der Sommerpause erfolge der Umzug des Denkmalbereiches, um somit die räumlichen und technischen Voraussetzungen für die Maßnahme zu schaffen. Ebenso werde gemeinsam mit der externen Begleitung die Clearingstelle eingerichtet. Zum weiteren Vorgehen bezüglich der Villa Gericke werde er im nicht öffentlichen Teil informieren.

Anschließend erläutert Herr Dost den Begleitprozess an Hand visueller Darstellungen, die gemäß Festlegung dem Protokoll als Anlage beizufügen sind. Ziele seien ein Qualitätsmanagement in der Bauverwaltung und die Schaffung einer leistungsfähigen Bauverwaltung, die ordnungsgemäß und bürgerfreundlich auf der Grundlage rechtssicherer Abläufe arbeite sowie motivierte, leistungsbereite Führungskräfte und Mitarbeiter. Als Instrumente bediene man sich dabei dem Qualitäts- und Konfliktmanagement, der Fachberatung und Moderation. Als Handlungsschwerpunkte benennt Herr Dost organisatorische und personelle Sofortmaßnahmen und ein umfassendes Changemanagement, einschließlich der Schaffung einer kompetenten Clearingstelle. Als Zeitrahmen wird Juli bis Oktober 2007 benannt.

Beginnen werde man mit der Ermittlung des Ist-Zustandes durch Gespräche mit Mitarbeitern und der Führungsebene sowie Workshops und Fragebögen. Anschließend werde der Soll-Zustand formuliert und Zielvereinbarungen abgeschlossen. Für diesen Baustein seien 12 – 15 Monate avisiert. Complan werde die Gesamtkoordination übernehmen und sich einer Rechtsanwältin bedienen, die die Mediation übernehme, sowie weiterer Experten, z.B. bei Rechtsfragen. Im Weiteren sei eine fortlaufende Dokumentation und regelmäßige Sachstandsberichte zur Umsetzung des Prozesses vorgesehen.

Der Oberbürgermeister merkt an, dass dies ein ehrgeiziges Unterfangen sei. Mit dem Geschäftsbereich Stadtentwicklung und Bauen habe es eine Teilpersonal-

versammlung gegeben und die Mitarbeiter hatten Gelegenheit sich mit Prof. Battis und Herrn Dr. Otto zum vorliegenden Bericht auszutauschen. Darauf Bezug nehmend erklärt Herr Prof. Battis, dass diese Gespräche sehr angenehm waren und der Bericht in keiner Weise korrigiert wurde. In den außerordentlich konstruktiven Gesprächen seien auch Rechtsfragen und Fragen des Umgangs diskutiert worden. Er meine, dass das Changemanagement auf einen „fruchtbaren Boden“ falle.

Anschließend fragt Herr Bretz nach, wie mit diesem Tagesordnungspunkt umgegangen werden solle, da seitens der Fraktion DIE LINKE ein umfangreicher Fragenkatalog vorliege. Er schlage vor, die Fragen zu sammeln und erst nach einer schriftlichen Beantwortung in die Diskussion einzusteigen.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass weitere Fragen zugelassen werden sollten, auch zu den jetzt gegebenen Informationen - die Anwesenheit von Herrn Prof. Battis sollte dazu genutzt werden.

Frau Dr. Schröter verweist auf die vorhandene Führungsebene in der Stadtverwaltung, mit Oberbürgermeister, Beigeordneten und Fachbereichsleitern, in deren Verantwortung die von Herrn Dost geschilderten Prozesse liegen. Insofern bedarf es nach ihrer Ansicht nach keine Beauftragung von complan, da der vorliegende Bericht von Herrn Prof. Battis die Aufgaben auch konkret benannt habe. Sie meine, die Verwaltung müsse sich aus sich heraus „rekonstruieren“ können. Der Oberbürgermeister stimmt den Aussagen bezüglich der Führungsebene zu und verweist auf die Begleitung dieses Prozesses durch eine externe Unterstützung. Complan agiere nicht „stattdessen“ sondern unterstütze.

Herr Schubert fragt nach der Auffassung von Herrn Prof. Battis zu der weitreichenden öffentlichen Kritik am vorliegenden Gutachten durch Herrn Zumbaum. Herr Prof. Battis verweist darauf, dass ein großer Teil der von Herrn Zumbaum benannten Kritiken nicht im Bericht stünden. So sei z.B. bezüglich der Parkplätze nicht ihm, sondern der Verwaltung ein Vorwurf gemacht worden. Im Weiteren wolle er sich nicht zu den Vorwürfen äußern, weil sie nicht zutreffen.

Frau Bankwitz führt aus, dass sie sich von „complan“ wünsche, dass in der Verwaltung eine Gleichbehandlung der Antragsteller und eine transparente Abwicklung der Anträge durchgesetzt werde und der Antragsteller nicht die Kommunikation zwischen den beteiligten Bereichen herstellen müsse. Sie meine, dass nicht alle beteiligten Bereiche im Bericht angesprochen wurden und bittet, diese in den angekündigten Prozess mit einzubeziehen. Bezug nehmend auf die Einbeziehung der Bereiche betont der Oberbürgermeister, dass der Prozess der Koordination und Kooperation die wichtigste Aufgabe sei, auf die sich konzentriert werde.

Frau Kirchner macht im Weiteren auf Abweichungen aufmerksam, die sie bei der Einsichtnahme in die Langfassung gegenüber der Kurzfassung festgestellt habe. So sei das Fehlverhalten von Bauherren, z.B. eines Architekten, aus der Kurzfassung gestrichen worden. Darüber hinaus fragt sie nach dem weiteren Verfahren zur rechtmäßigen Herstellung der Villa Gericke und der Herstellung des „rechtmäßigen Zustandes der Akten“. Bezüglich der Streichungen verweist Herr Prof. Battis auf seine Ausführungen in der letzten Hauptausschusssitzung, wo er ausgeführt habe, dass es zwischen den Berichten keine gravierenden Änderungen gebe. Bezüglich der Villa Gericke führt der Oberbürgermeister aus, dass der Bauherr die fehlenden Bauanträge jetzt eingereicht habe und man sich bezüglich der Steuerbescheinigungen derzeit in einem förmlichen Verfahren befinde, diese zurückzufordern.

Herr Dr. Scharfenberg führt aus, dass ihm vieles hinsichtlich der Folgemaßnahmen bekannt vorkomme und er dies als gegeben angenommen habe. Er fragt nach der Erwartungshaltung betreffs des Einsatzes von externen und internen Hilfen und der konkreten Aufgabe von Frau Rademacher. Die Fraktion habe dem Oberbürgermeister eine Reihe von Fragen zugeleitet mit dem Ziel, sauber zu klären, was Gegenstand der Kritik gewesen sei. Man brauche eine zutreffende Problembeschreibung, um Akzeptanz für die Folgemaßnahmen zu schaffen. Er bittet, die Fragen so weit wie möglich zu beantworten - vor allem unter der Maßgabe, dass die heutige Sitzung die letzte vor der Sommerpause sei. Der Oberbürgermeister entgegnet, dass die eingereichten 23 Fragen „hochdifferenziert“ und ihm erst seit dem Vortag bekannt seien. Er sehe sich nicht in der Lage, diese umfassend zu beantworten.

Daraufhin beantragt Herr Dr. Scharfenberg eine **Sondersitzung des Hauptausschusses am 11. Juli 2007 und bis dahin die schriftliche Beantwortung aller Fragen.**

Herr Schüler merkt an, dass der Auftrag an Prof. Battis die Untersuchung des Fehlverhaltens der Verwaltung war und nicht das Fehlverhalten der Investoren oder Bürger. Im sei aufgefallen, dass es erhebliche Defizite im angemessenen Verhalten der Unteren Bauaufsichtsbehörde gegeben habe. In diesem Zusammenhang habe es zwei Dienstaufsichtsbeschwerden gegeben, die „irgendwie untergegangen“ seien. Er fragt nach, ob das zutrefte und wie das passieren könne. Herr Dr. Otto bestätigt, dass im Rahmen der Untersuchungen diese Dienstaufsichtsbeschwerden zur Kenntnis genommen wurden, was auch im Bericht stehe. Allerdings sei der sachgerechte Umgang damit aus den Akten nicht erkennbar gewesen und habe einer umfangreichen Nachforschung bedurft. Aus Kapazitäts- und Zeitgründen habe man dann eine Auswahlentscheidung treffen müssen und die Dienstaufsichtsbeschwerden nicht weiter verfolgt. Auf die Nachfrage, ob diese abgeschlossen seien oder nicht, sagt der Oberbürgermeister eine Prüfung und Beantwortung zu.

Im Weiteren wird die Frage 17 aus dem Katalog der Fraktion DIE LINKE behandelt, zu den Veröffentlichungen in der MAZ und der PNN vom 13. 12. 2006, dass der Oberbürgermeister den Streit um die Villa Gericke zur Chefsache gemacht und die Verhängung eines Bußgeldes verhindert habe.

Nach dem Hinweis von Prof. Battis, dass es kein Bußgeldverfahren gegeben habe und demzufolge auch keines „abgewürgt“ werden konnte und den Ausführungen des Oberbürgermeisters, dass er keine Dementi zu Presseberichten geben werde, erinnert der Oberbürgermeister an den Verfahrensvorschlag, die Fragen zu sammeln und sich in einer Sondersitzung des Hauptausschusses dazu zu verständigen.

Im Ergebnis eines weiteren Meinungsaustausches bittet Herr Dr. Scharfenberg um die Aufnahme der Aussage des Oberbürgermeisters, dass die Pressebericht-erstattung zum Bußgeldverfahren so nicht zutrefte, in das Protokoll.

Im Weiteren fragt Herr Dr. Scharfenberg Bezug nehmend auf die auf Seite 39 des Berichts angeführte Anweisung des Oberbürgermeisters vom 26. März 2007 nach den Wirkungen dieser auf die Mitarbeiter. Herr Prof. Battis verweist auf seine diesbezüglichen Ausführungen, dass es nicht zu belegen sei, dass die Steuerbescheinigung auf Grund der Dienstanweisung erstellt wurde. Das sei sorgfältig nachrecherchiert worden. Auch in den geführten Gesprächen habe es keine entsprechenden Hinweise gegeben.

Herr Bretz verweist auf die noch ausstehende Verständigung zum Verfahren und betont, dass er mit dem Verlauf der Diskussion sehr „unzufrieden“ sei; das insbesondere in Bezug auf die Außenwirkung der geführten Diskussion. Eine ernsthafte Auseinandersetzung bedarf der schriftlichen Fragestellung und schriftlichen Beantwortung. Er bittet den Oberbürgermeister um Klärung des weiteren Verfahrens.

Der Oberbürgermeister schlägt vor, alle Fragen, einschließlich der in der heutigen Diskussion offengebliebenen, schriftlich zu beantworten und in einer Sondersitzung am 11. Juli 2007 diese zu besprechen. Bis zum 09. Juli 2007 sind die schriftlichen Antworten auszureichen. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Herr Schubert verweist darauf, dass der Inhalt der heutigen Debatte nicht der Aufbau weiterer Missverständnisse sein sollte sondern ein Abbau vorhandener. Wenn dies nicht gelinge, führe die Debatte in eine Sackgasse. Er schließt sich dem Vorschlag des Oberbürgermeisters an. Herr Schüler spricht dagegen aus, die Debatte in dieser Art fortzusetzen.

Frau Kirchner bittet, die Frage mit zu beantworten, wann die erste steuerrechtliche Bescheinigung ausgestellt worden sei.

- zu 12** **1. Straßenbenennung in 14467 Potsdam (B-Plan 27 Türkstraße)**
2. Straßenbenennung in 14469 Potsdam (Wohngebiet Bornstedter Feld)
Vorlage: 07/SVV/0576
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Frau Dr. von Kuick-Frenz bringt die Vorlage ein und beantwortet die Nachfragen von Frau Kirchner, ob auch Namen von Frauen für die Straßenbenennung geprüft worden seien.

Der Hauptausschuss beschließt:

1. Die neu entstandene öffentliche Straße, (Planstraße 1) im B-Plan Nr. 27 – Türkstraße, in 14467 Potsdam soll benannt werden in „Heilig-Geist-Straße“.
2. Die neu entstandene öffentliche Straße im Wohngebiet Bornstedter Feld in 14469 Potsdam soll benannt werden in „Salzmannweg“.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit **angenommen**,
bei 1 Gegenstimme.

- zu 13** **Beschluss zur Höhe des Kreditrahmens der Entwicklungsträger Bornstedter Feld GmbH für das Jahr 2007**
Vorlage: 07/SVV/0582
Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

Frau Dr. von Kuick-Frenz bringt die Vorlage ein.

Der Hauptausschuss beschließt:

1. Der Kreditrahmen der Entwicklungsträger Bornstedter Feld GmbH zur be-

darfsbezogenen Kommunalkreditaufnahme beträgt für das Jahr 2007 höchstens 8.000.000,00 € mit einer Laufzeit längstens bis zum Abschluss der Entwicklungsmaßnahme.

2. Der Oberbürgermeister und die Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung werden ermächtigt, den Kreditaufnahmen der Entwicklungsträger Bornstedter Feld GmbH innerhalb des beschlossenen Kreditrahmens für das Jahr 2007 schriftlich zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 2

zu 14 Mitteilungen der Verwaltung

neu Freizeitbad

Der Oberbürgermeister berichtet über die telefonische Information des Wirtschaftsministers, dass eine Förderung des Freizeitbades nicht erfolgen werde, weil das Bad keine touristische Infrastrukturmaßnahme sei. Der schriftliche Bescheid werde in den nächsten Wochen erwartet. Er habe mit dieser Begründung nicht gerechnet, weil die Förderfähigkeit diesbezüglich nie in Frage gestanden habe und er sei auch deshalb „fassunglos“, weil die Prüfung der Förderfähigkeit normalerweise zu Beginn und nicht wie hier zum Ende geführt werde. Damit sei eine Errichtung eines Freizeitbades nun grundsätzlich nicht mehr möglich, weil der ursprüngliche Antrag aus dem Jahr 2004 stamme und sich jetzt die Förderbedingungen geändert haben. Nun gelte es, die bestehende Schwimmhalle zu sanieren, aber nicht in Richtung eines Freizeitbades. Dazu wurden erste Kalkulationen vorgenommen und jetzt wolle er mit den Stadtverordneten in´s Gespräch kommen, um das „Wie“ zu klären. Handlungsdruck entstehe durch die im April 2008 auslaufende Genehmigung bezüglich des Daches der Schwimmhalle „Am Brauhausberg“.

Herr Schüler meint, ihn habe die Entscheidung des Wirtschaftsministers nicht überrascht; überrascht hätte ihn die Begründung, es fehle die Infrastrukturentwicklung. Das hätte viel früher festgestellt werden können und so solle auch eine Prüfung des Schadensersatzes auf dem Wege der Amtshaftung geprüft werden.

Der Oberbürgermeister betont, dass es bei allen Schritten eine enge Abstimmung mit der ILB und dem Wirtschaftsministerium gegeben habe und seitens der Stadt „nichts verschwiegen“ wurde. Die Planungsleistungen und die Flächenräumung sei erst in Auftrag gegeben worden, als seitens der ILB ein vorzeitiger Maßnahmenbeginn signalisiert wurde; sicher auch in dem Bewusstsein, ein Risiko einzugehen, weil der endgültige Förderbescheid ausstehe.

Herr Dr. Scharfenberg verweist darauf, dass das Vorhaben von Anfang an umstritten gewesen sei und man mit einem Scheitern des Vorhabens rechnen müssten. Seine Fraktion habe von Beginn an gesagt, dass es eine Entscheidung zwischen „alles“ oder „nichts“ sein werde und nun habe man „nichts“. Entscheidungen hätten auch immer etwas mit Verantwortung zu tun und diese dürfe sich nicht im „Nichts auflösen“, sondern der Oberbürgermeister müsse zu seiner Verantwortung stehen. Jetzt gelte es, Schlussfolgerungen zu ziehen und die geforderte und gewünschte Sanierung der Schwimmhalle zu avisieren.

Darauf Bezug nehmend verweist der Oberbürgermeister darauf, dass für die „Verschiebung der Fördertöpfe“, die Stadt keine Verantwortung trage, da das die Entscheidung des Landes sei.

Frau Bankwitz informiert über einen von ihrer Fraktion zur Sondersitzung der StVV eingereichten Dringlichkeitsantrag zum weiteren Vorgehen bezüglich des Freizeitbades.

Herr Schubert meint, die Geschichte des Spaßbades beginne nicht erst 2004, sondern mit dem Vorhaben in Drewitz, wo lange Zeit „ein toter Gaul“ geritten wurde. Dieses Projekt sei ebenso umstritten und finanziell fraglich gewesen. Herr Bretz betont, dass das Wirtschaftsministerium mehrmals prüffähige Unterlagen eingefordert habe und das Niemeyer-Bad ein hoher Anspruch gewesen sei. Jetzt sollte die Stadt Bescheidenheit an den Tag legen und sich selbstkritisch prüfen. Bezüglich der Auswirkungen des Projektes auf das Umland habe sich die Stadt keinen Gefallen getan, denn die Befürchtungen, anderen Spaßbädern damit zu schaden, seien nicht von der Hand zu weisen.

Herr Schüler bekennt sich zum Befürworter des Niemeyer-Projektes von Anfang an, weil es einen ebenso hohen architektonischen Anspruch habe wie die Stadt Potsdam selbst. Erst nach zweieinhalb Jahren habe das Wirtschaftsministerium die fehlende Förderfähigkeit festgestellt – bei einem früheren Signal hätte sich die Stadt viel Arbeit, Geld und Zeit sparen können. Er habe das Niemeyer-Projekt immer als Projekt für das ganze Land Brandenburg gesehen und deshalb die „Neiddebatten“ nicht verstanden. Er plädiere dafür, jetzt die Schwimmhalle schnell zu sanieren.

Bezug nehmend auf die Ausführungen von Herrn Schubert betont Herr Dr. Scharfenberg, dass es die Entscheidung des Oberbürgermeister gewesen sei, aus dem Vorhaben in Drewitz auszusteigen. Davor habe sich die Stadt Stück für Stück von dem Vorhaben verabschiedet. Herr Heinzel meint, das Niemeyer-Bad kam aus dem Nichts und verschwinde im Nichts.

Anschließend bittet der Oberbürgermeister, die möglichen Varianten vorzustellen, die dann in den nächsten Wochen präzisiert und diskutiert werden sollen.

Herr Paffhausen erläutert an Hand visueller Darstellung, dass das Areal der jetzigen Grünfläche in zukünftige Planungen für die Schwimmhalle nicht mehr mit einbezogen werde. Die Variante 1 beinhalte die unbedingt notwendigen Sanierungsmaßnahmen, wie das Dach von innen und außen, Maßnahmen zur Stand-sicherheit und Hygiene. Im Ergebnis wäre der Stand am Brauhausberg dann so, wie jetzt in der Schwimmhalle „Am Stern“. Der Planungszeitraum betrage 6 und die Bauausführung 9 Monate, bei einem Kostenvolumen von 5,7 Millionen Euro. Dies, so Herr Paffhausen, sei die Vorzugsvariante der Stadtwerke. In der Variante 2 werde die Sanierung durch Freizeitangebote, wie Soletherapie, Fitness und Wellness ergänzt. Dies wäre angelehnt an die Sanierung der Schwimmhalle in Erfurt, wo Freizeitelemente angefügt worden seien. Hier betrage der Planungszeitraum ebenfalls 6 und die Bauausführung 11 Monate, bei einem Kostenvolumen von 10 Millionen Euro.

In der sich anschließenden Diskussion äußert Herr Dr. Scharfenberg, dass bisher die Sanierung von Schwimmhallen nicht förderfähig gewesen sei, es jetzt dazu aber gegenteilige Informationen gebe und fragt nach, ob das geprüft worden sei. Wenn diese Möglichkeit bestehe, spreche er sich für die Variante mit dem Freizeitangebot aus. Auf seine Nachfrage zur Zeitschiene der beiden Varianten, äußert Herr Paffhausen, dass Variante 1 zum Ende des III. Quartals 2008 und Variante 2 zum Ende des IV. Quartals 2008 fertiggestellt sein könne. Die Sanierungsplanung werde umgehend in Auftrag gegeben, so dass kein Zeitverlust ent-

stehe.

Bezüglich der Förderung, so der Oberbürgermeister, werde man sich bemühen, er meine aber, die Aussichten seien schlecht.

Herr Mühlberg spricht sich für attraktive Elemente aus, da sie Besucher anziehen und so sollte mehr als nur ein Wasserbecken angeboten werden. Dem entgegnet Herr Paffhausen, dass er in den letzten Monaten viel über wirtschaftliche und unwirtschaftliche Freizeitelemente gelernt habe und die Stadtwerke eine Wirtschaftlichkeitsberechnung vorlegen werde. Ihre Fraktion und sie, so Frau Bankwitz, wünsche sich eine kostengünstige und zeitnahe Sanierung der Schwimmhalle. Die Stadtwerke sollten sich auf ihr Kerngeschäft konzentrieren und den „Rest“ Privaten überlassen. Den Stadtverordneten werde es schwer fallen, die von den Stadtwerken angekündigte Wirtschaftlichkeitsberechnung zu prüfen. Herr Schubert mahnt eine Prüfung der Auswirkungen von Sauna, Sole und Fitness auf das Umland an. Um zu signalisieren, dass aus dem Scheitern Lehren gezogen wurden, sollte man jetzt vorsichtig sein.

Frau Kirchner verweist auf den Beschluss zur Beteiligung der Bürger an Großprojekten und fragt, ob das bezüglich der Schwimmhalle geplant sei. Der Oberbürgermeister entgegnet, dass geprüft werde, wie sich die Bürger zu den Varianten äußern können. Dazu müsse man die Varianten entsprechend aufarbeiten und bis zum Hauptausschuss am 29. August werden die Modelle und Finanzierungsmöglichkeiten sowie die weitere Verfahrensweise vorgestellt.

neu Integrationspreis

Der Oberbürgermeister verweist auf die schriftlich ausgereichten Informationen über die Verständigung mit dem Ausländerbeirat zur Umsetzung des jährlich zu vergebenden Integrationspreis der Landeshauptstadt Potsdam, die dem Hauptausschuss zur Kenntnis gegeben werden.

zu 14.1 Potsdamer Themenjahr 2008 und Themen bis 2012

Vorlage: 07/SVV/0580

Oberbürgermeister, Bereich Marketing und Kommunikation

Frau Dr. Sommer bringt die Vorlage ein.

Die o.g. Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 14.2 Ergebnis der Gespräche bezüglich des Bahnhofs Golm

gemäß Vorlage: 07/SVV/0519

Frau Dr. von Kuick-Frenz informiert über die kompletten Umbauarbeiten am Bahnhof Golm, die auch mit Fördermitteln erfolgt seien. So entspreche der Bahnhof den Anforderungen, z. B. was die behindertengerechte Ausstattung betreffe. Derzeit verfüge der Bahnhof jedoch noch nicht über eine entsprechende Beschilderung, eine Beschallung und eine digitale Anzeige. Dazu sei man mit den Ministerien im Gespräch, um auch dies noch abarbeiten zu können. Die Stadt habe hierbei nur eine unterstützende Funktion.

Herr Schüler verweist auf den Beschluss **07/SVV/0519**, der die nicht ausreichende Größe des Bahnsteigs und die Zuwegung beinhalte.

Frau Dr. von Kuick-Frenz betont, dass die Prognose der Fahrgastzahlen mit der Größe des Bahnsteigs und der Zuwegung kompatibel sei. Daraufhin verweist Herr Schüler darauf, dass die Prognose das eine sei und die tatsächlichen Fahrgastzahlen das andere.

zu 14.3 Direktabrechnung Straßenreinigung - Information über das Angebot für die Abrechnung

aus HA 30.05.2007 und Vorlage: 07/SVV/0305

Frau E. Müller berichtet, dass die Verwaltung die Teilaufgaben in 7 Aufgabenbereiche aufgelistet und nach der Möglichkeit der Übertragung geprüft habe. Im Ergebnis sei festzustellen, dass hoheitliche Aufgaben in der Stadt verbleiben müssen, wie das Erstellen des Straßenverzeichnisses, die Erfassung der Eigentümer- und Grundstücksdaten, die Erfassung der Kosten, die Widerspruchs- und Klageverfahren. Seit dem heutigen Tag liege auch das Grobkonzept der STEP, allerdings noch keine detaillierte Kostenberechnung vor.

Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, wann die STEP zu einer Kostenberechnung aufgefordert wurde, antwortet Frau E. Müller, dass dies nach der Aufgabenzuordnung in der letzten Woche erfolgt sei. Herr Dr. Scharfenberg kritisiert die Zeitschiene und meint, er wisse von der großen Bereitschaft der STEP, diese Aufgabe zu übernehmen. Deshalb fordere er zur Sondersitzung des Hauptausschusses eine Aussage zu den Kosten.

Frau E. Müller weist den Vorwurf zurück; es handele sich um eine sehr komplexe Frage, die mit einer rechtlichen Prüfung verbunden sei. Die Kostendarstellung solle nachvollziehbar und transparent erfolgen und das sei erst nach der Sommerpause möglich.

Frau Bankwitz meint, dass die Kosten durch die Übertragung der Abrechnung auf die STEP für den Bürger nicht geringer werden. Herr Dr. Scharfenberg merkt an, dass „er sich veralbert fühle“ und auf einer Information in 14 Tagen bestehe.

Der Oberbürgermeister sagt einen Sachstandsbericht in 14 Tagen zu.

zu 14.4 Information zur Mängelbeseitigung am Theater

vierteljährlich

Herr Richter informiert, dass alle Mängel, die während der Spielzeit behoben werden konnten, auch behoben worden seien. Ebenso sei der Umbau des Behinderten-WC im Foyer abgeschlossen. Für die Mängel, die in der Spielpause abzarbeiten seien, gebe es eine abgestimmte Liste. Die Arbeiten werden allerdings überschattet durch die entstandenen Schäden, die durch die Sprinkleranlage verursacht wurden. Hier sei es fraglich, ob diese bis zum Ende der Spielpause beseitigt werden können. Bezüglich der Akustik habe die bestehende Arbeitsgruppe eine abgestimmte Aufgabenstellung erarbeitet und ein Spezialistenteam werde sich in den nächsten Wochen mit der Vorschlagserarbeitung beschäftigen.

zu 14.5 Information zum Diskussionsstand - Public Corporate Governance Kodex

Herr Exner informiert, dass die Diskussion des Public Corporate Governance Kodex alle wesentlichen Unternehmen durchlaufen habe, es überwiegend positiv diskutiert wurde und einige Änderungsvorschläge vorliegen. Bei den Unternehmen mit privaten Beteiligungen, wie STEP und EWP sei man jedoch noch nicht „am Ende“ und bemühe sich, die Divergenzen so klein wie möglich zu halten. Er empfehle, sich hinsichtlich der zu erwartenden Änderungen zum Public Corporate Governance Kodex und bezüglich der zu erwartenden Änderung der Gemeindeordnung des Landes Brandenburg für den Diskussionsprozess Zeit zu nehmen und beides zusammen zu behandeln.

Als neuer Termin werde der November 2007 avisiert.

zu 15 Sonstiges

Frau Dr. Schröter fragt nach, ob die Stadt Potsdam die Absicht habe, das Grundstück der Fachhochschule käuflich zu erwerben. Der Oberbürgermeister bestätigt die Kaufabsichten und verweist auf die Verhandlungen bezüglich des Preises.

Auf ihre Nachfrage zum Stand der Vorbereitungen für die Dauerausstellung „Hedwig Bollhagen“, sagt der Oberbürgermeister einen Sachstandsbericht in der Sitzung des Hauptausschusses am 29. August zu.

Herr Kaminski verweist auf die Wasserverunreinigungen im Ortsteil Groß Glienicke und die dazu eingeleitete Flugblattaktion zur Information der Bürger, die jedoch nicht alle Haushalte erreicht bzw. zu spät erreicht habe. Er bittet, die Ursachen dafür zu prüfen und ihm mitzuteilen, wann die EWP diese Verunreinigungen festgestellt habe.

Frau E. Müller informiert, dass es bereits eine Prüfung bezüglich der Information der Haushalte gebe. Die Verunreinigung habe nicht die EWP, sondern das Gesundheitsamt festgestellt und die EWP informiert. Derzeit werde versucht, das Problem durch die Spülung der Rohrleitungen zu beheben. Das Prüfergebnis zu den Ursachen der Verunreinigung werde zum Ende der Woche erwartet.